

Streit um Begriffe

Ein Wesensmerkmal von Demokratie

*„Wenn ich ein Wort gebrauche“, sagte Humpty Dumpty in ziemlich verächtlichem Ton,
„heißt es genau das, was ich möchte – nicht mehr und nicht weniger.“
„Die Frage ist“, sagte Alice, „ob Sie Wörter so viel anderes bedeuten lassen können.“
„Die Frage ist“, sagte Humpty Dumpty, „wer der Chef ist – das ist alles.“*

Lewis Carroll, Alice hinter den Spiegeln

1. Einleitung

Sprache, das macht das einleitende Zitat aus einem Kinderbuch deutlich, ist ein Medium der Verständigung. Um uns miteinander verständigen zu können, bedarf es einer Übereinkunft über die Bedeutung von Wörtern. Ohne eine dergestalt gemeinsame Bezugsebene kann Kommunikation nicht gelingen.

Das gilt natürlich auch im Bereich der politischen Auseinandersetzung, findet doch demokratische Willensbildung hauptsächlich über gesprochene und geschriebene Sprache statt. Der bewusste Gebrauch von und die Reflexion über Sprache sind wichtig sowohl für eine funktionierende demokratische Auseinandersetzung wie für eine reflektierte Meinungsbildung.

Sprachliche Bildung ist daher ein grundlegendes Medium der Demokratieerziehung. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung (und begründete Verteidigung) einer eigenen Meinung und damit für gesellschaftliche und politische Teilhabe (Anselm 2023, 226). Für diese sprachliche Bildung ist schulischer Unterricht eine zentrale Arena. In ihm kann und soll das Bewusstsein für die Reflexionsbedürftigkeit politischer Sprache vermittelt werden. Reflexion ist notwendig, da diese Art von Sprache stark kontextgebunden ist und Bedeutung wie Kontext thematisiert

und diskutiert werden müssen. Sprachliche Bildung ist daher – auch jenseits des unmittelbaren Politikunterrichts – von großer Wichtigkeit für die politische Bildung im weiteren Sinn der Schülerinnen und Schüler.

Der vorliegende Beitrag fokussiert auf die Frage, was aus politikwissenschaftlicher Sicht zum Thema *Sprache als Streit um Begriffe* zu sagen ist. Nach einer grundsätzlichen Orientierung über *Sprache als Medium von (politischer) Auseinandersetzung* wird das Thema vor allem anhand historischer und aktueller Beispiele diskutiert, bevor auf neuere Änderungen des Modus politischer Kommunikation v. a. durch die Verbreitung von *Social Media* eingegangen wird. Der Beitrag endet mit einer Reflexion über die Wichtigkeit, (politische) Begriffe als eingebettet in (politische) Diskurse zu begreifen. Ihre Gebundenheit an Werte aufzuzeigen und zu diskutieren sowie diesbezügliche Reflexionsfähigkeit zu ermöglichen, ist daher Aufgabe nicht nur des Politik-, sondern auch des Deutschunterrichts.

2. Sprache als Medium der Kommunikation, Deutung und Auseinandersetzung

Sprache ist menschliches Alleinstellungsmerkmal und unverzichtbares Mittel zur

Verständigung, auch wenn die auf Worten beruhende Sprache „nur ein Teil des Signalsystems [ist], in dem wir leben und mit dem wir bewusst und unbewusst operieren“ (Schneider 2022, 86). Wie zentral sie ist, drückt Ludwig Wittgensteins (1919, 262) bekannter letzter Satz aus seinem *Tractatus Logico-Philosophicus* aus, der in seiner Prägnanz in den allgemeinen Sprachschatz übergegangen ist: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen“ (ebd.).

Sprache ist also sowohl für das Denken wie für die Verständigung essenziell. Soll sie – einer ihrer Zwecke – der Übermittlung von Information dienen, muss sie Präzision ermöglichen. Im Fall von Wissenschaft können dazu Spezialbegriffe notwendig werden, um Differenzierungen gegenüber dem Alltagsgebrauch von Sprache zu ermöglichen. Ein Beispiel dafür wäre etwa die Auffächerung des alltagssprachlichen Begriffs *Politik* in der deutschen politikwissenschaftlichen Fachsprache durch die (aus dem Englischen entlehnten) Begriffe *politics*, *policy* und *polity*. Diese bezeichnen drei Aspekte von Politik, deren Unterscheidung analytisch von Vorteil ist, für die es im Deutschen aber nur ein Wort gibt: zum einen die *prozessuale* Dimension (also den Ablauf politischer Auseinandersetzungen über die Zeit), zum zweiten die *inhaltliche* Dimension (die Bestimmungen zur Regelung politischer Themen) und schließlich die *strukturelle* Dimension (etwa die Gestalt von politischen Institutionen, ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen). Verwendung von Fachsprache erlaubt Ökonomie im Ausdruck und Gewinn an Deutlichkeit. Beides verbessert Verständigung.

Allerdings geht sie auf Kosten von Allgemeinverständlichkeit. Während das für viele wissenschaftliche Spezialsprachen (etwa im Bereich der Geologie, der Mathematik oder der Theologie) vermutlich nicht weiter stören würde, ist das für den Bereich der Sozialwissenschaften kritisiert worden. Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg beklagte bereits in einem ursprünglich 1979 veröffentlichten Text den „Sprachverfall, der sich in den Sozialwissenschaften wie in kaum

einer anderen Disziplin in den letzten zwanzig Jahren ereignet hat“ und wies darauf hin, dass dies negative Folgen habe in einer „Wissenschaft, die so sehr auf Mitteilung über die engen Zirkel der Eingeweihten hinaus angewiesen ist wie die Sozialwissenschaft“ (Cavuldak 2020, 311). Die Gefahr, „sprechend sprachlos“ zu sein, weil man nicht gut verstanden wird, kann aus dieser Perspektive – so Kielmannsegg einige Jahrzehnte später – eine essenzielle Voraussetzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnis beschädigen, da die soziale Welt – „das Untersuchungsobjekt der Sozialwissenschaften“ – sich ja maßgeblich durch Sprache konstituiere (Kielmannsegg 2020, 315, 318 f.).

Festgehalten werden soll hier, dass Sprache nicht nur verbindende Funktionen hat, sondern dass Sprache für besondere Zwecke (wie etwa Fachsprache) auch besondere Eigenschaften ausprägen kann, die gewinnbringend analysiert werden können und sollten.

3. Sprachgebrauch als Streit um politische Begriffe und Positionsmarkierung

Ähnlich wie wissenschaftlicher Sprachgebrauch ist auch politischer Sprachgebrauch ein Bereich mit spezifisch eigenen Regeln. Sie ergeben sich aus den Aufgaben von Politik wie etwa der, „im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen“ (Lübbe 1967, 33). Um dieses Ziel erreichen zu können, muss politische Sprache andere Funktionen als die der reinen Informationsübermittlung erfüllen können. Politische Sprache, die (insbesondere im Feld politischer Auseinandersetzungen, also der oben erwähnten *prozessualen* Dimension von Politik) Zustimmung erzeugen will, muss stark *appellativen* Charakter haben (Niehr 2014, 12 f.). Eine Wahlkampfrede etwa geht deshalb deutlich über die reine Darstellung von Sachverhalten hinaus – oder besser gesagt: sie würde wohl ihr Ziel verfehlen, setzte sie nur auf Darstellung! Um Unterstützung zu gewinnen, wird vielmehr mit rhetorischen Mitteln an Werte des Publikums appelliert, wer-

den vom politischen Gegner zu verantwortende Missstände mit drastischen Worten geschildert und die eigenen Vorhaben im Fall eines Wahlsieges als nebenwirkungsfreie Lösungen dargestellt. Politische Sprache ist daher keine neutrale Darstellung von Fakten. Vielmehr sind ihre Begriffe so gewählt, dass sie die Beeinflussung des Publikums und dessen Gewinnung für die eigene Sache zum Ziel haben. Einer solchen Sprache den Vorwurf von Manipulation und Propaganda zu machen, griffe jedoch zu kurz. Es würde die Legitimität ignorieren, die in einer pluralen Gesellschaft der Unterschiedlichkeit von Positionen zu Themen innewohnt. Es ist ja gerade die *Konkurrenz* von unterschiedlichen Positionen (und der mit ihnen verbundenen Interessen), die im demokratischen Wettbewerb um Unterstützung werben, durch die sich über Wahlergebnisse Mehrheiten ergeben, welche dann die Umsetzung der siegreichen Positionen legitimieren. Die Betonung von *Differenz* ist also Kernbestandteil demokratischer politischer Sprache.

Wie einflussreich politische Sprache im Erfolgsfall sein kann, macht das Beispiel der Rede deutlich, die US-Präsident John F. Kennedy am 20. Januar 1961 zu seinem Amtsantritt hielt. In einer ausführlichen Analyse der Entstehung und der Bestandteile der Rede zeigt Thurston Clarke (2011), wie viel Aufwand und Vorarbeit in die Rede floss. Mit ihrem Zentralthema der Freiheit, der Ansprache an andere Länder mit dem Versprechen guter Absichten, aber auch der Betonung beständiger Bereitschaft zur Verteidigung der Freiheit, und dem abschließenden direkten Appell an seine Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich für das gemeinsame Wohl zu engagieren, gilt sie allgemein als „die großartigste Rede, die im 20. Jahrhundert von einem amerikanischen Politiker gehalten wurde“ (Clarke 2011, 9). Ihr wohl bekanntester Satz („And so, my fellow Americans: ask not what your country can do for you – ask what you can do for your country.“) habe sich, so Thurston, mit der amerikanischen Seele „verflochten“ und es gebe zahllose Beispiele, in denen Individuen ihr öffentliches En-

gagement auf die Aufforderung in dieser Rede zurückgeführt hätten (ebd., 6 f.). Für die oben erwähnten Funktionen politischer Sprache von Appell und Beeinflussung ist die Rede somit ein hervorragendes Beispiel.

4. Streit um Grundlagen und Bedeutung zentraler Begriffe

Die politische Sprache der Bundesrepublik war nach den rhetorischen Exzessen und dem Missbrauch von Sprache in der nationalsozialistischen Diktatur (vgl. etwa Klemperer 2020) aus guten Gründen eher durch Nüchternheit gekennzeichnet. Sie kennt daher über lange Zeit wenig rhetorische Höhepunkte in der politischen Auseinandersetzung, auch wenn auf die Formulierung „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ aus der Antrittsrede von Bundeskanzler Willy Brandt im Jahr 1969 auch nach Jahrzehnten noch gelegentlich Bezug genommen wird. Der erste „richtige“ Regierungswechsel durch die von ihm geführte sozialliberalen Koalition, die durch sie initiierte Periode „innerer Reformen“, wirtschaftliche Krisenfolgen der Ölkrise von 1973 sowie zunehmende gesellschaftliche Mitgestaltungsansprüche und Auseinandersetzungen (vgl. Gassert 2019) schlugen sich im folgenden Jahrzehnt jedoch in erhitzter Rhetorik nieder und führten zu einer neuen Schärfe im Streit um politische Begriffe.

„Das politische Klima in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Politische Gegner werden zu erbitterten Feinden.“ Diese Sätze, die man leicht auch in der Bundesrepublik der 2020er-Jahre verorten könnte, stellte der Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen (1980, 1) vor 45 Jahren einem von ihm herausgegebenen Band voran, in dem er „Politische Begriffe im Meinungsstreit“ der damaligen Bundesrepublik thematisierte. Sein Ziel war es, „die Augen für Gefahren [zu] schärfen, die aus dem politischen Umgang mit Sprache entstehen“ (Greiffenhagen 1980, 25). Das Buch enthält (nach vier einleitenden Kapiteln, die Rolle und Funktion von Spra-

che in der Politik diskutieren) Artikel zu 24 damals zentralen Streitbegriffen (von „Chancengleichheit“ und „Demokratisierung“ über „Freiheit“, „Reform“ und „Sozialstaat“ bis zu „Wachstum“), die jeweils nacheinander von Autorinnen und Autoren bearbeitet wurden, die ideologisch auf unterschiedlichen Seiten standen (und das hieß damals: sozialliberale Koalition vs. Unionsparteien).

Durch die direkte Gegenüberstellung der Interpretation zentraler politischer Begriffe fokussiert der Band auf die Differenzen im Verständnis – zumeist durch unterschiedlichen ideologischen Hintergrund. Deshalb geht es nicht um „richtig“ oder „falsch“, sondern um die Verdeutlichung der unterschiedlichen *Assoziationen* und *Schwerpunkte* bei der Verwendung von Begriffen je nach politischer Position. Die Pluralität politischer Positionen trotz der Verwendung gleicher Wörter wird so direkt erfahrbar.

Beim Begriff „Rechtsstaat“ konzentriert sich der Liberale (und seinerzeitige Bundesinnenminister) Gerhard Rudolf Baum auf eine Rechte *ausweitende* Interpretation, also „die Verwirklichung von mehr Rechtsstaat als die Verfassung vorschreibt“. Dabei sei das Ziel, schreibt er, über ein „obrigkeitsstaatliches Verständnis vom Rechtsstaat [...], das vor allem die formelle Seite des Rechtsstaates sieht“ zu einem „inhaltlich bestimmten Rechtsstaatsbegriff“ zu kommen, der „auch die inhaltliche Sicherung der Bürgerfreiheiten garantiert“ (ebd., 377 f.). Sein konservativer Gegenpart Roman Herzog (damals Innenminister von Baden-Württemberg und später Präsident des Bundesverfassungsgerichts) fokussiert hingegen beim selben Begriff auf den „Schutz der inneren Sicherheit [die] im ersten Vierteljahrhundert der Bundesrepublik zugunsten der Sozialstaatlichkeit [...] in ganz unangemessener Weise in der zweiten Linie stand“ (ebd., 387). Hier handele es sich um eine „unbestreitbare und weithin auch völlig unbestrittene Überbetonung individueller Interessen zu Lasten der Gemeinschaftsinteressen“ (ebd.). Sehr deutlich werden die unterschiedlichen Ausgangsverständnisse beim selben Begriff: Während für den Liberalen das *Individu-*

um im Zentrum aller Überlegungen steht, stellt der Konservative die *Gemeinschaft* in den Mittelpunkt und leitet daraus seine Folgerungen ab. Derselbe Begriff führt so zu deutlich unterschiedlichen Schlüssen hinsichtlich zu verfolgender Prioritäten. Den Begriff „Freiheit“ bearbeiten gleich drei Personen – die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien aus christdemokratischer, der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Rapp aus sozialdemokratischer und der Politikwissenschaftler Theo Schiller aus freidemokratischer Perspektive. Laurien betont die Notwendigkeit eines externen Bezugspunkts für menschliche Freiheit und sieht diesen in der Verantwortung vor den Mitmenschen und dem Gewissen sowie, letztlich, vor Gott (ebd., 210). Aus christdemokratischer Sicht betone man (verglichen mit einer sozialdemokratischen Perspektive) mehr die „Freiheit für etwas“ als die „Freiheit von etwas“ (ebd., 209). Daraus folge auch ein „Recht auf Unterschiedlichkeit“ sowie (in Kombination mit der „Tatsache menschlicher Unterschiedlichkeit“) auch „Verschiedenheit der Ergebnisse“ (ebd., 211). Anhand des Beispiels Familienpolitik zieht sie daraus den Schluss: „Einheitsmodelle beschränken die Freiheit“ (ebd., 212). Rapp diskutiert den Freiheitsbegriff anhand von Programmdokumenten der SPD, für die er (neben Gerechtigkeit und Solidarität) einer der drei Grundwerte sei. Aus einem hinsichtlich der Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen (im Vergleich mit konservativen Perspektiven) *optimistischeren* und hinsichtlich der Gefahr von Entfremdung *pessimistischeren* Blickwinkel stellt er den Menschen als „frei und normenbedürftig zugleich“ (ebd., 221) dar. Zentral sei für den Begriff der Freiheit daher seine Umsetzung in der Realität: „Freiheit ist [...] nur dann gesellschaftliche Wirklichkeit und nicht nur bloß Illusion oder Vorrecht für wenige, wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle) Möglichkeit der freien Entfaltung haben“ (ebd., 222). Dabei spiele staatliche Politik eine wichtige Rolle. Auch Schiller unterscheidet (wie Laurien) „Freiheit von“ und „Freiheit zu“, wählt aber aus liberaler Perspektive ei-

ne andere Reihenfolge. Und so behandelt er auch „Freiheit durch Rechtsstaat“ (Abwehrrecht gegen den Staat) vor „Freiheit durch soziale Chancen“, da „Freiheit von den Zwängen obrigkeitsstaatlicher Gewalt durch Grund- und Bürgerrechte“ erst „Möglichkeiten der Selbstbestimmung der Individuen“ schaffe (ebd., 227). Den Menschen „eine Lebensgestaltung in menschenwürdiger Selbstbestimmung zu ermöglichen“ setze freilich „die Fähigkeit zur Selbstbestimmung“ voraus und stelle „an den einzelnen hohe Anforderungen“, die „mitunter schwer zu bewältigen sein werden“ (ebd., 231). Die „Offenheit einer Gesellschaft“ müsse deshalb „in der Offenheit ihres Bildungswesens vorbereitet“ werden (ebd., 232). Alle drei ideologischen Perspektiven, so kann man vergleichend schließen, halten *Freiheit* für einen *zentralen Wert*. Während aus sozialdemokratischer Perspektive *Umsetzung* im Mittelpunkt steht – wobei es eine wichtige Rolle für den Staat gibt –, ist sich der Liberalismus der Doppelrolle des Staates als *Begrenzer und Ermöglicher* von Freiheit bewusst. Aus konservativer Perspektive schließt Freiheit ein, Unterschiede im Ergebnis als Resultat von Wahlhandlungen zu interpretieren und bewusst zu akzeptieren.

In seiner Anlage – einer direkten Gegenüberstellung verschiedener Interpretationen zentraler politischer Begriffe durch politisch Handelnde oder akademische Spezialisten – ist dieser Band in der Bundesrepublik einmalig geblieben. Weitere Versuche zur Analyse politischer Sprache sind in den letzten Jahrzehnten zwar durchaus unternommen worden, doch haben dabei linguistische Perspektiven im Vordergrund gestanden. Bände über „Brisante Wörter“ (vgl. Strauss et al. 1989), „Kontroverse Begriffe“ (vgl. Stötzel/Wengeler 2013) oder ein „Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ (vgl. Stötzel/Eitz 2003) haben v. a. auf Wortfelder, „öffentlichen Sprachgebrauch“ oder Begriffe aus der aktuellen politischen Debatte fokussiert und dabei häufig auf Datensammlungen aus Sprachkorpora etwa des Instituts für Deutsche Sprache zurückgegriffen. Umfangreiche Beleglisten illustrieren hier zwar den

Kontext des Gebrauchs der Wörter; doch fehlen solchen aus sprachwissenschaftlicher Perspektive geschriebenen Darstellungen die systematischen politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Dimensionen (Dipper 2003). Beide Ansätze sind daher nur begrenzt vergleichbar.

5. Streit um Sprache als Mittel zur Veränderung der Realität

Blickt man auf die Bundesrepublik der Gegenwart, so ist zu konstatieren, dass heute weniger um unterschiedliche Interpretationen konkreter Begriffe gestritten zu werden scheint. Stattdessen stehen seit einiger Zeit – es ist schwer, einen präzisen Zeitpunkt anzugeben – eher der allgemeine Gebrauch von Sprache im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen, vor allem die Frage, ob durch Sprache Realität verändert werden kann.

Diese Veränderung des Diskurstils ist Teil und Folge einer Verschiebung politischer Konfliktlinien, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Die traditionelle sozioökonomische Konfliktlinie (Arbeitskapital bzw. Staat-Markt) ist durch eine eher kulturell konnotierte Konfliktlinie ergänzt worden, die kosmopolitisch-universalistische Positionen gegen kommunitaristische Positionen stellt, stark mit dem Ausmaß formaler Bildung korreliert und sich in Veränderungen in Wahlverhalten und Parteiensystem niedergeschlagen hat (vgl. etwa Merkel 2021). Debatten entlang der neuen Konfliktlinie kreisen nun oft nicht mehr um Verteilungskonflikte, sondern um solche der „Identitätspolitik“, also um Fragen von Nichtdiskriminierung, gleicher(er) Repräsentation und Abschaffung von (oft wenig präzise definierten) Privilegien. „Unterschiedlichkeit“, „Identität“ und „Anerkennung“ rücken in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Lösung der Probleme wird zunehmend in kulturellem Wandel gesehen, doch bleibt jenseits der Formulierung zu erreichender Ziele oft unklar, durch welche konkreten politische Maßnahmen diese befördert werden können (vgl. Rorty 1999, 76 ff.). Der Fokus auf Identität befördert sowohl die Individualisierung wie auch die Aufteilung

der Gesellschaft in verschiedene Gruppen und führt damit weg von einem Fokus auf *Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger* hin zu einem auf *Ungleichheit marginalisierter Gruppen*. Politische Unternehmer aus dem linken wie dem rechten populistischen Lager haben das erfolgreich zur Mobilisierung politischer Unzufriedenheit genutzt („politics of resentment“, so Fukuyama 2018, 7). Forderungen nach besserer Anerkennung führten wiederum zu Gegenreaktionen in anderen Teilen des politischen Spektrums und schließlich zu zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft. Sprachgebrauch wird vor diesem Hintergrund zum Indikator für (v. a. politische) Haltung: Ob man angesichts der gegenwärtigen Veränderungen der klimatischen Umstände auf der Erde von „Klimawandel“, von „Klimakrise“ oder von „Klimakatastrophe“ spricht, enthüllt bereits viel über die eigene Position zum Thema. Und da man kaum kommunizieren kann, ohne Sprache zu gebrauchen, muss man eigene Positionen preisgeben – oder sich anpassen und damit verstellen (s. u.). Somit wird Sprachgebrauch zu einem Mittel (permanenter) politischer Auseinandersetzung.

Das soll kurz anhand dreier Begriffe („Gleichstellung“, „Chancengleichheit“, „Klimagerechtigkeit“) illustriert werden, um zu zeigen, wie Begriffe implizite, oft nicht direkt sichtbare, Wertungen transportieren. Diese bedürfen der Reflexion, zumal im schulischen Kontext:

- „Gleichstellung“ etwa klingt zunächst neutral und ausgewogen („gleich“), bezieht sich bei näherer Betrachtung aber auf *gleiche Ergebnisse* unabhängig von Ausgangsbedingungen. Häufig verwendet im Zusammenhang mit Geschlecht und Beschäftigung, zielt der Begriff auf *Resultate* und insinuiert, alle anderen als *gleiche Ergebnisse* seien eventuell ein Verstoß oder Zeichen für Manipulation, jedenfalls aber sehr kritisch zu hinterfragen – auch wenn solche Unterschiede etwa auf unterschiedliche Qualifikationen im Bewer-

berfeld oder unterschiedliche Zahlen der Geschlechter bei den Bewerbungen zurückzuführen sein können.

- „Chancengleichheit“ nutzt ebenfalls den positiven Klang von „gleich“, fokussiert aber umgekehrt auf Gleichheit bei den *Startchancen*, also beim *input* von Prozessen. Solange diese Gleichheit gegeben ist, unterstellt der Begriff implizit, sei alles in Ordnung. Doch ist sie eventuell eher formaler Art und läuft damit Gefahr, aus unterschiedlichen Ausgangsbedingungen – etwa materieller Art – erwachsende Probleme zu vernachlässigen, selbst wenn diese die *Fairness* des Wettbewerbs durchaus in Frage stellen können.
- „Klimagerechtigkeit“ transportiert die Botschaft, alle anderen als die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Handlungsoptionen führten zu *Unge-rechtigkeit*, ein Vorwurf, dem sich viele wahrscheinlich nur sehr ungern aussetzen. Der Begriff transportiert mithin (wie die meisten Komposita mit „-gerecht“ oder „-gerechtigkeit“) schweres normatives Gepäck. Dieses bedarf der Reflexion, da sonst – aufgrund des mit-schwingenden Absolutheitsanspruchs – Dialog mit anderen Positionen praktisch ausgeschlossen wird.

Die Vorstellung, Wirklichkeit durch Sprache beeinflussen zu können, befördert den Streit um Sprachgebrauch zusätzlich. Diese Auffassung ist insbesondere im Denken der *Postmoderne* von zentraler Bedeutung, sieht diese die Wirklichkeit doch durch Diskurse konstruiert, welche grundsätzlich „Repression erschaffen und aufrechterhalten“, weshalb sie sorgfältiger Reflexion und Dekonstruktion bedürfen (Pluckrose/Lindsay 2022, 43). Das postmoderne Denken ist über den akademischen Bereich (wo es in Theorien, etwa des *Postkolonialismus*, der *Queer-* und *Gender Studies* oder der *Critical Race Theory*, eine zentrale Stellung einnimmt) in den politischen Diskurs eingedrungen und mit ihm die Vorstellung, durch Sprache Wirklichkeit verändern zu können.¹ Poli-

(1) Siehe als illustrative Debatte zu diesem Thema den Beitrag „Kann Sprache Wirklichkeit schaffen?“ (Smiljanic 2021).

tische Akteurinnen und Akteure sind sich dieser Tatsache bewusst und bemühen sich, den eigenen Sprachgebrauch durchzusetzen und damit der eigenen Position zur Dominanz zu verhelfen. Studien wie die von Wehling (2009) und Wehling/Lakoff (2011) verweisen auf die Bedeutung von *framing* in der Sprache.²

Der logisch nächste Schritt sind dann Versuche, Sprache politisch zu steuern. Auch wenn das nicht so direkt formuliert wird, haben zahlreiche öffentliche Stellen (wie Ämter, Kommunen und Hochschulen) „Leitfäden“, „Empfehlungen“ oder „Orientierungshilfen“ herausgegeben, mit denen sie ihre Bediensteten zu „inklusivem“, „gendersensiblen“, „geschlechtergerechtem“ oder „diskriminierungssensiblen“ Sprachgebrauch anhalten. Dies soll v.a. durch bestimmte Schreibweisen (von Doppelnennung – „Lehrerinnen und Lehrer“ – über geschlechtsneutrale Begriffe – „Lehrende“ –, *Gendergap* – „Lehrer_innen“ – oder Gendersternchen – „Lehrer*innen“) geschehen und durchwegs positiven Zielen dienen wie dem Abbau von Diskriminierung oder erhöhter Wertschätzung bestimmten Gruppen gegenüber. Man muss der These, dass Sprache Wirklichkeit schafft, nicht ablehnend gegenüberstehen, um bezweifeln zu können, dass man diesen Ansatz zu *Steuerungszwecken* gegenüber der Gesellschaft nutzen kann.³ Jedenfalls sind die meisten dieser Anweisungen sehr kontrovers debattiert und zum Teil rechtlich angefochten worden. Schließlich haben sie auch zu (ebenso fragwürdigen) *Verboten* dieser Schreibweisen durch konservative Regierungen geführt, etwa in Sachsen, Bayern oder Baden-Württemberg, wobei diese zum Teil nur im Verweis auf das amtliche Regelwerk zur deutschen Sprache besteht, dessen fortwährende Geltung betont wird. Diese Auseinandersetzungen haben bisweilen Züge von Kulturkampf angenom-

men, jedenfalls aber polarisiert und zu Verunsicherung beigetragen, was „man“ nun sagen darf bzw. muss oder nicht.

Empirische Untersuchungen (z. B. an der Universität Frankfurt am Main) haben gezeigt, dass der freie Austausch von Ideen in der Tat unter diesen Entwicklungen leidet und wachsende Intoleranz einer Mehrheitsposition mit Rückzugstendenzen aus dem öffentlichen Diskurs durch die Minderheitenposition beantwortet wird (Revers/Traunmüller 2020, 491 ff.). Das sind besorgniserregende Resultate, ist doch die Vielfalt von inhaltlichen Positionen – nicht nur an Universitäten – ein tragendes Element von Debatten in der demokratischen Öffentlichkeit. Wenn es hier durch diskursive Macht zu einer Verengung des Diskursraumes und Konformitätsdruck kommt, besteht die Gefahr negativer Folgen für die Innovations- und Reflexionsfähigkeit der Gesellschaft.

6. Die Änderung des Modus politischer Kommunikation

Zunehmende Kontroversen um Sprache werden nicht nur durch die oben geschilderten Änderungen politischer Ansätze befördert, sondern daneben auch durch *fundamentale Neuerungen* in der politischen Kommunikation, insbesondere durch Digitalisierung sowie die sogenannten „Sozialen Medien“.

Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von einem „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 2022). Er nimmt damit Bezug auf seine berühmte Studie aus dem Jahr 1962. Die funktionierende deliberative Demokratie eines liberalen Verfassungsstaats, so Habermas, erfordere eine Öffentlichkeit, in der konkurrierende öffentliche Meinungen sich nach rationalen Kriterien einen Wettbe-

(2) Ob diese Form von politischer Sprachverwendung freilich ihr Ziel erreicht, bezweifeln manche Beobachterinnen und Beobachter. In der Tat hat der Wechsel zum „Beratersprech“ (Möllers 2021) die politischen Misserfolge der Sozialdemokratie in den letzten zwei Jahrzehnten zumindest nicht verhindert.

(3) Die Skepsis gegenüber der Möglichkeit von Steuerung zeigt sich auch empirisch: In einer Studie mit mehr als 10 000 Befragten unterstützten nur 21 Prozent gegenderte Sprache, während 75 Prozent den Gebrauchsstandard des *generischen Maskulinums* bevorzugten. Dabei zeigten sich jedoch deutliche Variationen nach soziodemografischen Variablen und politischen Einstellungen: Höhere Akzeptanz zeigte sich bei eher linken politischen Einstellungen sowie bei Frauen, Jüngeren, höher Gebildeten, finanziell besser Gestellten und Großstadtbewohnerinnen und -bewohnern (Jäckle 2022).

werb liefern. Dazu sei man auf eine liberale politische Kultur und eine gewisse Gemeinwohlorientierung angewiesen. Durch die Digitalisierung sei es jedoch zu einer „Entgrenzung und Beschleunigung der Kommunikationsmöglichkeiten“ (ebd., 43) gekommen, die neben Vorteilen „auch höchst ambivalente und möglicherweise disruptive Auswirkungen auf die politische Öffentlichkeit im nationalen Rahmen“ habe (ebd.). Denn die neuen Medien seien „keine ‚Medien‘ im bisherigen Sinne“, da sie keine redaktionelle Verantwortung übernehmen. Stattdessen „ermächtigen [sie] alle potentiellen Nutzer prinzipiell zu selbstständigen und gleichberechtigten Autoren“ (ebd., 44). Der drastische Rückgang der Nutzung von Printmedien zugunsten von audiovisuellen und digitalen Medien verursache nicht nur ökonomischen Druck auf erstere, sondern auch einen Rückgang „analytischer Verarbeitung“ (ebd., 49) politischer Informationen. Durch diese Entwicklungen könnten die Grundlagen deliberativer Demokratie gefährdet werden, wenn nicht gegengesteuert werde (ebd., 67).

Wenn technische Veränderungen also Änderungen auch in Struktur und Inhalt der Kommunikation mit sich bringen, so bezieht sich das nicht nur auf Sprache, die in einem virtuellen Raum direkten Austauschs – aber ohne persönliche Begegnung – offenkundig zu Wandel neigt. Klagen über eine „Verrohung des politischen Diskurses“ als Folge der „Zunahme stark negativ und aggressiv geprägter Kommunikationsstile“ (Deutscher Ethikrat 2023, 50) sind schon häufiger erhoben worden, jedoch ohne Konsequenzen. Auch politische Parteien unterliegen in ihrem Verhalten Änderungsdruck. Digitale Medien werden umfangreich genutzt, da sie im Vergleich zu früheren analogen Medien (gedruckte Pressemitteilungen; Anzeigen in Zeitungen oder in Fernsehkanälen) deutlich billiger sind. Damit geht aber auch eine Einebnung der Unterschiede zwischen großen (und damit finanzstärke-

ren) und kleinen (finanziell schwächeren) Parteien einher, was den kommunikativen Raum mit mehr Positionen füllt, aber auch unübersichtlicher macht (Ivanusch 2024). Ein weiterer wichtiger Veränderungsfaktor wirkt auf der individuellen Ebene der Mediennutzerin bzw. des Mediennutzers. Hier hat die durch Digitalisierung stattgefundene enorme Ausweitung der *Quantität an Informationen* auch *qualitative Konsequenzen*, die (neben den oben genannten) als eine weitere Ursache für das Absinken der Standards deliberativer Demokratie angesehen werden können. Denn die drastisch ausgeweitete Informationsmenge trifft auf ein menschliches Bewusstsein, das in seiner Aufnahmekapazität begrenzt ist. Immer mehr an Information, Nachricht bzw. Unterhaltung konkurriert also um eine gegebene (und auch durch Ausweitung der Mediennutzungsdauer nur geringfügig erhöhbare) Menge an *Aufmerksamkeit* des Rezipienten. In diesem Wettbewerb, das ist leicht einsichtig, wird nun die Auswahl – also welche Information erhält einen Teil der knappen Aufmerksamkeit – nicht über eine Qualitätsnorm erfolgen, sondern eher nach Überraschungswert oder Unterhaltungswert, Sensationswert oder schlicht Lautstärke.⁴ In diesem Zusammenhang kann man von *Informationsinflation* sprechen, da – analog zur ökonomischen Inflation, bei der eine Ausweitung der Geldmenge bei gleichbleibendem Güterangebot zu einer verminderten Kaufkraft der einzelnen Währungseinheit führt – es durch die beschriebenen Mechanismen zu einer „Entwertung der einzelnen Informationseinheit“ (55) kommt, was zu einem Absinken der Qualität politischer Kommunikation beiträgt (Busch 2017).

7. Fazit: Begriffe als Teil von zu reflektierenden Diskursen

Der vorliegende Aufsatz hat aus politikwissenschaftlicher Perspektive auf das

(4) Die Strategie von Donald Trump zur Dominanz der Nachrichten und anhaltende Faszination des Publikums seit beinahe einem Jahrzehnt ist z. B. sehr gut durch solche Mechanismen zu erklären.

Thema Sprache geblickt und dabei das Thema „Streit um Begriffe“ in den Mittelpunkt gestellt. Politische Sprache, so wurde eingangs betont, ist ein Bereich mit besonderen Regeln, die sich aus ihrer Funktion ableiten. Sprache kann also nicht unabhängig von ihrem Einsatzgebiet analysiert werden, da sie eben nicht nur der Informationsübermittlung dient (Niehr 2014, 12). Anhand von Beispielen aus verschiedenen Phasen der Bundesrepublik (1980er-Jahre und Gegenwart) wurde dann die *Eingebundenheit* von politischen Begriffen in ideologische oder sonstige politische Kontexte herausgearbeitet. Unter demselben Begriff, so wurde zunächst deutlich, kann man recht unterschiedliche Dinge verstehen, abhängig davon, ob man beispielsweise einen sozialdemokratischen, einen freidemokratischen oder einen christdemokratischen politischen Hintergrund hat. Deshalb kann man auch nicht darüber streiten, welche Interpretation die *richtige* ist; gerade in der liberalen Demokratie ist es vielmehr wichtig, *plurale* Verständnisse gelten lassen zu können und den in einer politischen Auseinandersetzung bestehenden Dissens zu akzeptieren. Dass dieser sich innerhalb eines von der Verfassung vorgegebenen geteilten Grundverständnisses bewegen muss, stellt keinen Widerspruch dar.

Auch wenn in der Gegenwart die Debatten um konkrete Begriffe abgenommen zu haben und durch einen generellen Diskurs über Sprache ersetzt worden zu sein scheint, sind diese Erkenntnisse weiter wichtig. Denn in einer Situation, in der der Wert von *Diversität* oft betont wird, *Pluralität* jedoch abnimmt, wäre für die liberale Demokratie wenig gewonnen. Im Gegenteil: Wenn (nach soziodemografischen Merkmalen, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung etc.) *immer unterschiedlichere* Personen inhaltlich *immer ähnlichere* Positionen vertreten, würde der Diskursraum verengt, was sich vermutlich negativ auf die Bewertung der Qualität von Demokratie auswirken würde. Gerade in einer Mediumwelt, in der Beschleunigung und Informationsmenge beständig zunehmen, während redaktionelle Filter und verant-

wortungsvoll handelnde Intermediäre schwinden oder ganz abwesend sind, muss die einzelne Nutzerin/der einzelne Nutzer fähig sein, kompetent zu handeln, will sie/er sich eine eigene Meinung bilden und in ihrer/seiner Rolle als Bürgerin/Bürger nicht versagen. Schule muss dazu beitragen, Grundlagen dieser Befähigung zu vermitteln. Dass Wörter politischer Sprache reflektiert werden müssen, dass sie nicht für sich alleine stehen, sondern Teil von Diskursen sind, dass sie dadurch in einem durch Werte und Wertungen aufgeladenen Kontext stehen: alles das sollte in der Schule thematisiert werden. Und dieses Bewusstsein über die Wert- und Ideologiegebundenheit von Wörtern im politischen Diskurs sollte nicht nur im Politikunterricht, es sollte sehr bewusst auch im Deutschunterricht gestärkt werden. Denn Sprachfragen, das hat das einleitende Zitat deutlich gemacht, sind auch Machtfragen.

Literatur

- Anselm, Sabine (2023): „Wer mitreden will, muss sprechen können.“ Demokratie- und Werteerziehung (nicht nur) im Deutschunterricht. In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 70/3, 221–240.
- Busch, Andreas (2017): Informationsinflation: Herausforderungen an die politische Willensbildung in der digitalen Gesellschaft. In: Harald Gapski/Monika Oberle/Walter Staufer (Hg.): Medienkompetenz, Bonn, 53–62.
- Cavuldak, Ahmet (Hg.) (2020): Peter Graf Kielmansegg im Gespräch: Übungen im politischen Denken. Baden-Baden.
- Clarke, Thurston (2011): Ask not: The inauguration of John F. Kennedy and the speech that changed America. New York.
- Deutscher Ethikrat (2023): Mensch und Maschine – Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz. Stellungnahme. Berlin.
- Dipper, Christof (2003): Rezension zu Stötzl, Georg; Eitz, Thorsten (Hg.) (2002): Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Hildesheim. In: H-Soz-Kult. <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-4646> [19.1.2025].
- Fukuyama, Francis (2018): Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment. London.
- Gassert, Philipp (2019): Bewegte Gesellschaft: Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart.
- Greiffenhagen, Martin (Hg.) (1980): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit. München.

- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Politica; Bd. 4). Neuwied/Berlin.
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin.
- Ivanusch, Christoph (2024): Where do parties interact? Issue engagement in press releases and tweets. *European Journal of Political Research*. DOI: 10.1111/1475-6765.12729.
- Jäckle, Sebastian (2022): Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage. In: *Politische Vierteljahresschrift* 63, 469–497.
- Kielmansegg, Peter Graf (2020): Die Sprachlosigkeit der Sozialwissenschaften. In: Ahmet Cavuldak (Hg.): *Peter Graf Kielmansegg im Gespräch: Übungen im politischen Denken*. Baden-Baden, 315–326.
- Klemperer, Victor (2020): Die Sprache des Dritten Reiches. Beobachtungen und Reflexionen aus LTI. Mit einem Essay von Heinrich Detering. Ditzingen.
- Lübbe, Hermann (1967): *Der Streit um Worte: Sprache und Politik*. Bochum.
- Merkel, Wolfgang (2021) *Neue Krisen: Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71/26–27, 4–11.
- Möllers, Christoph (2021): Der lange Abschied der SPD. *Kleine Parteienkunde I*. In: *Merkur* 75/861, 57–67.
- Niehr, Thomas (2014): *Einführung in die Politolinguistik: Gegenstände und Methoden*. Göttingen.
- Pluckrose, Helen/James Lindsay (2022): *Zynische Theorien: Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt*. München.
- Revers, Matthias/Richard Traunmüller (2020): Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72/3, 471–497.
- Rorty, Richard (1999): *Achieving Our Country: Leftist Thought in Twentieth-century America*. Cambridge, MA.
- Schneider, Wolf (2022): *Wörter machen Leute. Magie und Macht der Sprache*. München.
- Smiljanic, Mirko (2021): Linguistik und Gender-Debatte – Kann Sprache Wirklichkeit schaffen? Sendung im Deutschlandfunk am 30.9.2021. <https://www.deutschlandfunk.de/linguistik-und-gender-debatte-kann-sprache-wirklichkeit-100.html> [12.03.2025].
- Stötzl, Georg/Thorsten Eitz (Hg.) (2003): *Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache: Schlüsselwörter und Orientierungsvokabeln*. Hildesheim/New York.
- Stötzl, Georg/Martin Wengeler (2013): *Kontroverse Begriffe Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Strauss, Gerhard/Ulrike Hass/Gisela Harras (1989): *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist: ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin/New York.
- Wehling, Elisabeth (2009): *Politische Kommunikation, die ankommt: Eine neuro-linguistische Analyse des EU-Wahlkampfes*. Berlin.
- Wehling, Elisabeth/George Lakoff (2011): *Die neue Sprache der Sozialdemokratie*. Berlin.
- Wittgenstein, Ludwig (1919): *Logisch-Philosophische Abhandlung*. In: *Annalen der Naturphilosophie* 14/1, 185–262.